



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/147 - 27.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Im Bundestag: Drei Tage mit Budget	S. 1
Alternativ-Gespräche in USA	S. 3
Die DP regt sich auf	S. 5

Verzicht auf Haushaltskontrolle

(sp) Einer der Hauptpunkte der letzten drei Bundestagssitzungen war die Verabschiedung des 27,78 Milliarden M-Etats des Bundes. Die Einzelberatungen in der zweiten Lesung zogen sich über drei Tage hin, ohne daß die Mehrheit des Bundestages Recht und Pflicht des Parlaments zur Kontrolle der Regierung ausübte. Der von der SPD oft gegen die Regierungsparteien erhobene Vorwurf eines Mangels an Gefühl für die parlamentarische Demokratie hat sich erneut bestätigt. Soweit sich die Regierungsparteien überhaupt zum Haushaltsplan äußerten, taten sie das in der Haltung von Ministerialbeamten, die eine Regierungsvorlage von Amtswegen zu verteidigen haben. Sie agierten nicht als Vertreter der Legislative, die das Handeln der Exekutive bestimmt, sondern verkannten in ihrer Subordination unter die Regierung die Funktion des Parlaments. Die Koalitionsparteien übernahmen die Rolle der Abstimmungsmaschine, die von der Regierung bedient wird. (Daß diese Maschine nicht einmal richtig funktioniert, hat das "Mißgeschick" der Ablehnung des Haushalts des Ernährungsministeriums gezeigt). Diese Haltung der Koalitionsparteien ist nicht neu, sie schwächte die Position des Bundestages von Anfang an und trug mit zu der für eine parlamentarische Demokratie unververtretbaren Haltung des Regierungschefs gegenüber dem Parlament bei. Wir haben erlebt, daß die Koalitionsparteien begeistert Beifall klatschten, wenn Bundeskanzler Adenauer demonstrierte, daß

er mit Unterrichtung des Parlaments die Wiederholung alter Zeitungsmeldungen nennt. Wir haben gesehen, daß ein Pfiff der Regierung genügt, um die Koalitionsparteien zu veranlassen, einen von der Parlamentsmehrheit gefaßten Beschluß durch Neuvorlage des gleichen Gesetzes zu ignorieren.

Jetzt, bei der Haushaltsdebatte, haben wir wiederum einen schwerwiegenden Verzicht auf die parlamentarische Entscheidungsmacht vorexerziert bekommen. Die Regierungsparteien können dabei nicht sagen, sie hätten im Haushaltsausschuß die Kontrolle des Budgets in einem anderen Sinne ausgeübt. Auch im Ausschuß haben sie fast bedingungslos den Voranschlägen ihrer Regierung zugestimmt und sich meist von vornherein nicht bereit gefunden, die Berechtigung auch nur der grundsätzlichen Argumentation der Opposition anzuerkennen. Nur durch diese Haltung der im gegenwärtigen Bundestag über die Mehrheit verfügenden Parteien war es möglich, daß sich im neuen Haushaltsplan die "schwarzen", jeder parlamentarischen Kontrolle entzogenen Fonds weiter vermehrten und die Aufblähung der Verwaltung zunahm, als gebe es in der Bundesrepublik kein Gebot der Sparsamkeit. Die 11,5 Millionen für das Presse- und Informationsamt, die 8,5 Millionen für die Dienststelle Blank oder die Posten, mit denen seit Jahr und Tag Delegationen finanziert werden, die über Verträge verhandeln, die nie in Kraft treten, sind nur einige dieser Stellen, an denen die Haushaltskontrolle des Parlaments zu wesentlichen Änderungen der Regierungsvorlage hätte führen müssen. Die Mehrheit war nicht einmal zu kleinen Korrekturen in dieser Richtung bereit. Daß es bei dieser Haltung der Koalition bereits im Haushaltsausschuß unmöglich war, über Streichungen, Kürzungen oder Erhöhungen einzelner Posten die Ressorts der Regierung zu einer Politik zu zwingen, die vom Willen des Bundestages bestimmt wird, versteht sich. Es liegt dabei letztlich gerade in den Beschlüssen über den Bundeshaushalt, die sozialen Fragen nach dem ihnen zukommenden Rang einzustufen. Durch diese Einstufung kann und muß das Parlament die Regierung zwingen, sich nicht auf Deklamationen über die Absicht der Erfüllung dieser oder jener Forderung zu beschränken. Daß diese Möglichkeiten der Haushaltskontrolle in der Legislaturperiode des ersten deutschen Bundestages ungenutzt blieben und daß sich eine Mehrheit fand, die bereit war, die Rolle eines Exekutivorgans der Regierung zu spielen, wiegt fast noch schwerer als das politische Versagen der Koalition in den Fragen, bei denen es nicht um die Interessen der großen Unternehmer und der hohen Einkommen ging.

USA rechnen nicht mehr mit der EVG

Die Bundesregierung hält immer noch an der EVG fest, obwohl die Aussichten, daß sie in ihrer gegenwärtigen Form jemals verwirklicht werden kann, beinahe auf den Nullpunkt gesunken sind. Wie weit man, zum Unterschied von der Bundesregierung, selbst in den USA mit anderen Plänen und Lösungen rechnet, zeigt die Debatte, die zwischen den Beratern Eisenhowers im Gange ist und deren Ergebnisse dem National Security Council vor der Bermuda-Konferenz vorgelegt werden sollen. Der stets gut unterrichtete Washington-Korrespondent der italienischen Zeitung "Corriere della Sera" weiß darüber zu berichten:

Eine Gruppe von Eisenhowers Beratern hat ein Programm entworfen, das eine aufsehenerregende Umkehr in der amerikanischen Haltung zur deutschen Frage anmeldet. Keine Entscheidung ist bis jetzt getroffen worden und das Programm stößt noch auf starke Widerstände, vor allem im State Department, aber die Tatsache, daß es diskutiert wird, ist ein Anzeichen dafür, daß wir vor einer Situation stehen, die äußerst flüchtig geworden ist.

Ganz einfach gesagt besteht das "neue Programm" darin, daß man das gegenwärtige EVG-Programm und die europäische Armee fallen läßt und eine Revision unternimmt im Lichte der neuen Entwicklung in der deutschen Situation, wie sie die Berliner Begebenheiten enthüllten. Der Plan, der von dem Büro für die psychologische Kriegführung (Strategie) im Weißen Haus unterstützt wird, besteht aus den folgenden Hauptpunkten:

1. Auf der Bermuda-Konferenz sollen die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen, indem sie sofortige Schritte für die "Vereinigung Deutschlands" vorschlagen und dieses Ziel auch dem Abschluß des EVG-Vertrages voranstellen.
2. Einem vereinigten Deutschland wird freigestellt, dem Atlantik-Pakt beizutreten,
3. Anstelle des jetzigen EVG-Programms würde ein anderer Plan entwickelt werden,
4. Besondere Zusicherungen und Garantien würden Frankreich gegeben werden als Gegengewicht für den Beitritt Deutschlands zum Atlantik-Pakt.
5. Man würde das Gewicht verschieben von dem "kollektiven europäischen Aufbau" auf den "atlantischen Eckstein", um dem Gewicht des neuen vereinigten Deutschlands das Gewicht Großbritanniens und der Vereinigten Staaten entgegenzustellen.

So scheinen die großen Züge (immer noch bemerkenswert unpräzise) des neuen Planes zu sein, den man im Weißen Haus studiert, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die die EVG geraten ist. Es muß daran erinnert werden, daß das Außenministerium, insbesondere Außenminister Dulles, dem neuen Entwurf, der immer noch im Stadium der Vorbereitung und noch nicht in dem der Beschlussfassung ist, Widerstand leisten.

Das Problem wird nächstens zwischen den leitenden Amerikanern und Adenauers Hauptberater für militärische Angelegenheiten, Dr. Theodor Blank, diskutiert werden".

x

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist ein Artikel von Walter Lippmann. Die amerikanische Europapolitik, sagt er darin, habe die Verbindung zur Zeitbewegung verloren und sei ohne Beziehung zu den Meinungen und Gefühlen der Völker Europas. Es heißt dann:

"Aber es ist ein Gebot für die westlichen Verbündeten, die nach Bermuda fahren, eine Politik zu entwickeln, die nicht auf der Teilung Europas basiert, sondern auf der Beendigung dieser Teilung ... Jetzt ist die Zeit gekommen, da wir die Möglichkeit präsentiert bekommen könnten, durch vertragliche Abmachung die substantielle Befreiung Osteuropas innerhalb eines all-europäischen Systems zu fördern. Es ist eine Gelegenheit, die, falls sie nicht benützt wird, sich vielleicht nie mehr ergeben wird".

Diese neue Politik müsse daher den Mut haben, die Improvisationen der Vergangenheit - gemeint sind NATO und EVG - aufzugeben, obwohl es schwer sei, die Pläne neu durchzudenken, die in Europa Platz für ein geeintes Deutschland finden müßten.

+ + +

Aufstand und Ausdruck

K.M. Wir nennen den Aufstand von Berlin, weil es ein Aufstand der Arbeiter war, den "Arbeiter-Aufstand". Man muß das nicht sagen. Man kann es anders sagen. Es ist in jedem Fall eine Frage der richtigen Ausdrucksweise, und richtig ist ein Ausdruck, wenn er den Tatsachen entspricht. Unrichtig wäre es beispielsweise, wenn man hier von einem "Aufstand der niedersächsischen Großgrundbesitzer" sprechen würde, denn es wird nicht berichtet, daß in der Leipziger Straße niedersächsische Großgrundbesitzer in nennenswerter Zahl gesehen wurden.

Merkwürdigerweise sind das Dinge, mit denen sich hier und dort jemand beschäftigt. Die DP z.B. nimmt es Übel, wenn einer "Arbeiter-Aufstand" sagt. Da könnte ja, so sagt sie, der Eindruck entstehen, "als hätten sich mit diesen Arbeitern nicht deutsche Männer und Frauen aller Berufe und Schichten erhoben". Der Dienst, in dem dies steht, erscheint unter der Verantwortung eines Herrn Olaf Mumm. Es ist derselbe Herr Mumm, der einmal einen Artikel über das Problem der Todesstrafe mit der geschmackvollen Überschrift versah: "Fallbeil her"!

Am gleichen Tage, an dem die DP sich äußerte, veröffentlichte der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Erich Mende einen Beitrag zum gleichen Thema. Wir zitieren:

"In Berlin und in der Sowjetzone war es der Arbeiter, der die Geltung des alten Sprichwortes erneut unter Beweis stellte, daß in der Not des Vaterlandes der ärmste Sohn auch sein treuester sei. Wohl haben auch Akademiker, Bürger und ehemalige Soldaten ihren Anteil bei den sich entwickelnden spontanen Demonstrationen getragen und ihre Opfer gebracht. Der Ursprung und das Schwergewicht jedoch lagen in den schwierigen Händen des deutschen Arbeiters. Das sollten alle jene nicht vergessen, die sich oft als die Karikatur des satten Spießbürgers mehr um ihre persönlichen Sorgen und ihre Steuerkarte mühen, weniger um das uns alle angehende Problem der Freiheit".

Wir haben nichts hinzuzufügen.

+ + +

Berichtigung

In unserem Artikel "Der Außenminister aber schwieg..." (P/VIII/146 vom 26.6.53) muß es auf S.2 in Zeile 20 heißen: Die Minderheitsklausel gilt nicht für die dänische Minderheit in Schleswig ... (anstatt deutsche). Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. (D.Red.)

Verantwortlich: Peter Raunau